

# „Müssen Geschacher um Aufnahmen verhindern“

**Thorsten Frei** (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Union, sieht in der Vereinbarung von Malta keine Blaupause für ein europäisches Asylsystem.

*Herr Frei, die EU-Innenminister in Luxemburg haben sich nicht auf eine umfassende Lösung zur Seenotrettung verständigen können. Warum tun sich die europäischen Partner damit so schwer?*

**Thorsten Frei:** Bundesinnenminister Seehofer hatte einen Ad-hoc-Verteilmechanismus

für die Bootsflüchtlinge der zentralen Mittelmeer-Route vorgeschlagen. Dabei geht es um eine relativ kleine Zahl von Menschen, die zuletzt gerettet wurden. Deutschland hat etwa ein Viertel der Betroffenen aufgenommen. Das waren in den letzten 15 Monaten gerade einmal 225 Menschen. Wir müssen dieses unwürdige Geschacher um die Aufnahme bei der Ankunft jedes einzelnen Flüchtlingsbootes künftig verhindern. Umso wichtiger wäre eine ge-

meinsame Lösung der EU.

*Es mangelt offenbar an Solidarität. Bleibt es jetzt bei der Koalition der wenigen Aufnahmewilligen?*

**Frei:** Gut, dass Deutschland und Frankreich beim Notfallmechanismus gemeinsam vorgehen und dass Italien mehr Offenheit als in der Vergangenheit bewiesen hat. Noch einmal: Es geht um einen Notfallmechanismus für eine relativ kleine Zahl von Flüchtlingen. Der entscheidende Punkt ist, dass wir Schritte hin zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem schaffen. Die Vereinbarung der EU-Innenminister von Malta kann dafür keine Blaupause sein.

*Es gibt auch aus den eigenen Reihen Kritik, was die Zusage von Seehofer angeht, jeden vierten Bootsflüchtling hier in Deutschland aufzunehmen. Da heißt es, es würden zusätzli-*

*che Anreize zur Flucht geschaffen. Teilen Sie diese Bedenken?*

**Frei:** Diese Bedenken sind nicht unberechtigt. Das weiß auch der Bundesinnenminister. Horst Seehofer hat in der Vereinbarung von Malta durchgesetzt, dass jedes Land von einem Tag auf den anderen aus

der Vereinbarung aussteigen kann, wenn man feststellt, dass Anreize geschaffen werden und deutlich mehr Flüchtlinge kom-

men. Es muss auch einen Verhaltenskodex für private Seenotrettung im Mittelmeer geben. All das sind Punkte, die letztlich diesen Sogeffekten entgegenwirken können. Die Unionsfraktion hat hier eine ganz klare Erwartung: Wenn sich die Ankunfts zahlen tatsächlich erhöhen sollten, muss Deutschland sehr schnell aus diesem Notfallmechanismus aussteigen, um keine falschen Anreize zu setzen.

*Wäre es nicht an der Zeit, dass die EU die Seenotrettung nicht mehr nur den Hilfsorganisationen überlässt?*

**Frei:** Seenotrettung ist das eine, darüber zu reden, wie man eine gerechte europäische Lastenverteilung hinbekommt, das andere. Ganz entscheidend für ein gemeinsames europäisches Asylsystem wird sein, dass wir einen effektiven Außengrenzschutz hinbekommen. Dazu gehört, dass wir bereits an den Außengrenzen oder nach Ausschiffung an sicheren Orten an

der nordafrikanischen Küste eine Antwort auf die Frage brauchen, ob ein Bleiberecht für Asylbewerber besteht.

*Bundesinnenminister Seehofer warnte vor einer erneuten Flüchtlingswelle ähnlich wie 2015. Wie berechtigt sind diese Befürchtungen?*

**Frei:** Der Druck in der Türkei ist auf jeden Fall sehr groß. Dort gibt es allein etwa 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge. Darüber hinaus weitere Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten aus Afghanistan, Pakistan, Iran und afrikanischen Staaten. Das Thema wird dort inzwischen sehr viel kritischer gesehen als noch vor einigen Monaten. Präsident Erdogan steht diesbezüglich unter einem ganz erheblichen innenpolitischen

Druck. Deshalb ist die Gefahr, die der Innenminister beschrieben hat, ganz real. Die Vereinbarung über den Flüchtlingspakt zwischen der EU und der

Türkei von 2016 muss endlich vernünftig umgesetzt werden. Griechenland muss mehr Flüchtlinge von den Inseln wieder in die Türkei zurückführen.

Das Interview führte Andreas Herholz